

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Titel der russischen Originalausgabe (1998):
Мировая революция и мировая война

Band 6 der Reihe »Gab es eine Alternative?«

Veröffentlicht im September 2002

Veröffentlicht als ePDF März 2020

© MEHRING Verlag GmbH, Essen 2002

<http://www.mehring-verlag.de>

Alle Rechte vorbehalten

Fotomechanische Wiedergabe und Einspeicherung in
elektronische Systeme nur mit Genehmigung des Verlags

Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen

<http://www.k-mw.de>

ISBN 978-3-88634-882-2

Wadim S. Rogowin

Weltrevolution und Weltkrieg

Aus dem Russischen übersetzt
von Hannelore Georgi und Harald Schubärth

Mehring Verlag

Inhalt

Lesehinweis: »Gab es eine Alternative?«	8
Einführung	9

Teil 1:

Die UdSSR nach der großen Säuberung

1. KAPITEL: Die Wirtschaft	14
2. KAPITEL: Der achtzehnte Parteitag der KPdSU (B) über die wirtschaftliche Hauptaufgabe der UdSSR	19
3. KAPITEL: Die soziale Zusammensetzung und das Lebensniveau der sowjetischen Bevölkerung	23
4. KAPITEL: Stalinismus und Bauernschaft	26
5. KAPITEL: Soziale Ungleichheit	30
6. KAPITEL: Gesellschaftliche Sitten	35
7. KAPITEL: Das politische Regime: die Partei	40
8. KAPITEL: Das politische Regime: Staat und Bürokratie	45
9. KAPITEL: Das politische Regime und die sozialen Beziehungen	52
10. KAPITEL: Die Armee	57
11. KAPITEL: Der Terror nach der »Jeshowtschina«	70
12. KAPITEL: Die Nationalitätenpolitik	81

13. KAPITEL:	
Stalin und der Stalinismus aus der Sicht der weißen Emigration	87
14. KAPITEL:	
Antisemitismus	90
15. KAPITEL:	
Zwei Arten von Sozialbewusstsein	95
16. KAPITEL:	
Die geistige Kultur	102
17. KAPITEL:	
Trotzki über den Charakter des Sowjetstaates	112

Teil 2:

Die Welt am Vorabend des Weltkrieges

18. KAPITEL:	
Stalinismus und Hitlerismus	120
19. KAPITEL:	
Auf dem Weg zur Annäherung	125
20. KAPITEL:	
Zwei Armeen	131
21. KAPITEL:	
»Totalitäre Defätisten«	135
22. KAPITEL:	
Trotzki über den Charakter des künftigen Krieges	138
23. KAPITEL:	
Der bevorstehende Krieg und die internationale Arbeiterbewegung .	145
24. KAPITEL:	
»Wenn wir hier siegen, werden wir überall siegen«	150
25. KAPITEL:	
Aufstieg und Fall der POUM	155
26. KAPITEL:	
Die Niederlage der spanischen Revolution – Ursachen und Folgen . .	167
27. KAPITEL:	
Das Komplott von München	177
28. KAPITEL:	
Die Kampagne für eine »Großukraine«	184

29. KAPITEL:	
Der Beginn politischer Manöver	189
30. KAPITEL:	
Die Veränderungen in der Politik der Westmächte	195
31. KAPITEL:	
Der Rücktritt Litwinows	200
32. KAPITEL:	
Der »engste Mitstreiter«	209
33. KAPITEL:	
Verhandlungen – offene und geheime	214
34. KAPITEL:	
Verhandlungen auf höchster Ebene	247
35. KAPITEL:	
Der Vertrag	252
36. KAPITEL:	
Das Geheimprotokoll	264
37. KAPITEL:	
»Ich habe mich fast unter alten Parteigenossen geglaubt«	272
38. KAPITEL:	
Die Mitglieder des Politbüros machen Jagd	276
39. KAPITEL:	
Die faschistische Presse über den Pakt	280
40. KAPITEL:	
Die Sternstunde Molotows	283
41. KAPITEL:	
Die Zerstörung der moralischen Kraft	288
42. KAPITEL:	
Die Komintern verteidigt den Pakt	292
43. KAPITEL:	
Ernst Thälmann über den Pakt und seine Folgen	304

Teil 3:

Trotsky und die Vierte Internationale

44. KAPITEL: Die trotzkistische Bewegung in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre	309
45. KAPITEL: Die internationalen »Reserven des Trotzkismus«	321
46. KAPITEL: Trotsky und Victor Serge	328
47. KAPITEL: Das Schicksal eines Provokateurs	334
48. KAPITEL: Der Gründungskongress der Vierten Internationale	342
49. KAPITEL: Worin und warum irrte Trotsky	344
50. KAPITEL: Die Vorbereitung auf die Operation »Ente«	356
 Personenverzeichnis	 367

Lesehinweis: »Gab es eine Alternative?«

Der vorliegende Band ist **Band 6** der sechsbändigen Edition der Publikationen Wadim S. Rogowins unter dem Titel **»Gab es eine Alternative?«**.

Alle diese Bände sind sowohl einzeln als Buch oder als ePublikation sowie als Gesamtedition erhältlich.

- **Band 1: »Trotzkismus«**
Print: ISBN 978-3-88634-080-4
ePDF: ISBN 978-3-88634-880-0
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-780-3
- **Band 2: »Stalins Kriegskommunismus«**
Print: ISBN 978-3-88634-081-1
ePDF: ISBN 978-3-88634-881-7
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-781-0
- **Band 3: »Vor dem großen Terror – Stalins Neo-NÖP«**
Print: ISBN 978-3-88634-074-3
ePDF: ISBN 978-3-88634-874-9
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-774-2
- **Band 4: »1937 – Das Jahr des Terrors«**
Print: ISBN 978-3-88634-071-2
ePDF: ISBN 978-3-88634-871-8
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-771-1
- **Band 5: »Die Partei der Hingerichteten«**
Print: ISBN 978-3-88634-072-9
ePDF: ISBN 978-3-88634-872-5
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-772-8
- **Band 6: »Weltrevolution und Weltkrieg«**
Print: ISBN 978-3-88634-082-8
ePDF: ISBN 978-3-88634-882-4
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-782-7
- **Band 1 bis 6: »Gab es eine Alternative«**
Print: ISBN 978-3-88634-099-6
ePDF: ISBN 978-3-88634-899-2
eBook/MOBI ISBN 978-3-88634-799-5

Einführung

In diesem Buch werden politische Ereignisse beleuchtet, die am Vorabend des Zweiten Weltkriegs in der UdSSR und weltweit stattfanden.

Der erste Teil des Buches analysiert die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistig-ideologischen Prozesse in der UdSSR unmittelbar nach der großen Säuberung von 1936–1938, d. h. zu einem Zeitpunkt, als sich endgültig jene Gesellschaftsordnung herausgebildet hatte, die gewöhnlich als Stalinismus bezeichnet wird. Wir betrachten die Hauptbereiche des sozioökonomischen und des gesellschaftlich-politischen Lebens der UdSSR in den Vorkriegsjahren, erhalten so die Möglichkeit, die soziale Anatomie des stalinistischen Regimes aufzuzeigen, und können die Merkmale, die mit Stalins Tod verschwanden, von jenen abgrenzen, die in etwas modifizierter Form in den darauf folgenden Jahrzehnten erhalten blieben und letztlich den Zerfall der UdSSR sowie die Restauration des Kapitalismus in den einstigen Unionsrepubliken bedingten.

Im zweiten Teil des Buches werden die internationalen politischen Ereignisse in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre untersucht. Ich möchte, ohne Wertungen dieser Ereignisse vorwegzunehmen, lediglich einige Gedanken über den Abschluss des sowjetisch-deutschen Vertrags äußern – ein Ereignis, das den weiteren Verlauf der Weltgeschichte für immer geprägt hat.

Bekanntermaßen gab es in der UdSSR bis zum Ende der achtziger Jahre ein strenges Tabu für jeden Versuch, die stalinistischen Wertungen des »Molotow-Ribbentrop-Paktes«, der eine grundlegende Wende in der sowjetischen Außenpolitik und der internationalen kommunistischen Bewegung bedeutete, zu revidieren. Die Situation schien sich 1989 zu ändern, als der I. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR eine Kommission unter dem Vorsitz von Alexander Jakowlew bildete und diese beauftragte, eine politische und rechtliche Einschätzung des von Molotow und Ribbentrop am 23. August 1939 unterzeichneten Paktes vorzunehmen. Ein halbes Jahr später legte Jakowlew auf dem II. Kongress der Volksdeputierten die Ergebnisse der Kommission vor.

Wie in den vorangegangenen Bänden des Zyklus »Gab es eine Alternative zum Stalinismus in der UdSSR und der internationalen kommunistischen Bewegung?« polemisiere ich auch im vorliegenden Buch nicht direkt gegen die historischen Versionen und Mythen, die von früheren und heutigen Geschichtsfälschern konstruiert wurden. Eine Ausnahme mache ich bei dem genannten Vortrag Jakowlews, da es sich hier um ein gewissermaßen staatliches Dokument (die Hauptschlussfolgerungen wurden in einen vom dama-

ligen höchsten Machtorgan der UdSSR gefassten Beschluss aufgenommen) und zugleich um das letzte Wort der sowjetischen Geschichtsschreibung handelte, noch dazu vom Hauptideologen der »Perestroika«.

Bei der Darlegung werden die gravierendsten Fehler, Erfindungen- und Verfälschungen aus Jakowlews Vortrag aufgezeigt. An dieser Stelle sei nur ein Beispiel genannt, das die »Methodologie« seiner Arbeit betrifft. Ohne eine klassenbezogene Analyse und soziale Wertung der wichtigsten historischen Ereignisse äußerte Jakowlew lediglich, bei der Unterzeichnung des Paktes seien »bestimmte Elemente tief im Innern des demokratischen Weltempfindens insgesamt« verletzt worden. Diese Verletzungen sah er im Zusammenhang damit, dass sich »die Vorkriegsereignisse in einem anderen Koordinatensystem (als heute – W.R.) entwickelten. Damals begriffen sich die Länder noch nicht als ein einheitlicher ›Menschheitsstrom‹; weder die gesamteuropäischen noch die weltweiten Ideale der Gerechtigkeit und des Humanismus hatten sich einen Weg in das gesellschaftliche und staatliche Bewusstsein gebahnt ... Die Geschehnisse der Welt wurden durch separate Gruppen von Politikern und Politikastern entschieden, die ihre eigenen Ambitionen durchsetzen wollten und von den Massen isoliert waren.«¹

All diese schwülstigen Phrasen sollten den Eindruck erwecken, dass die genannten negativen Tendenzen in den internationalen Beziehungen überwunden seien oder dass man zumindest dabei sei, sie im Zuge des von Gorbatschow und Jakowlew angestoßenen »neuen Denkens« zu überwinden. Heute können wir aufgrund der historischen Erfahrungen der neunziger Jahre mit Recht die folgenden Fragen aufwerfen: Von wem werden in unseren Tagen die »Geschehnisse der Welt« entschieden? Von welchen globalen oder regionalen »Idealen« wurden Fehdekrriege wie im Kaukasus, in Tadschikistan oder in den nach dem Zerfall Jugoslawiens entstandenen Ländern inspiriert? Welches »Koordinatensystem« lag dem tschetschenischen Gemetzel zugrunde oder den Schüssen auf das russische Parlament, die von den führenden Repräsentanten der für »Demokratie« und einen »Rechtsstaat« eintretenden kapitalistischen Welt gebilligt wurden?

Unter Berücksichtigung aller historischen Erfahrungen unseres Jahrhunderts wird besonders deutlich, dass der Abschluss des sowjetisch-deutschen Paktes von 1939 eines der schlimmsten Verbrechen Stalins – und ein perfides politisches Komplott darstellte, das von zwei totalitären Diktaturen langfristig vorbereitet wurde. Im zweiten Teil des Buches zeige ich auf, wie die Pläne Stalins und Hitlers beiden der Unterzeichnung des Paktes vorausgehenden Geheimverhandlungen immer konkretere Konturen annahmen und wie die Verhandlungspartner nach und nach ihre Karten aufdeckten, indem sie von allgemeinen Formulierungen wie »Klärung der Beziehungen« zu einer offenen Darlegung ihrer Expansionspläne übergingen.

Die Vorbereitung des Paktes und sein Inhalt widerlegen anschaulich den Mythos von einer »ideologisierten« Außenpolitik Stalins, die angeblich den bolschewistischen Kurs auf eine internationale sozialistische Revolution fortsetzen würde. In Wirklichkeit ließ sich Stalin nicht von irgendwelchen ideologischen Motiven leiten, die sowieso niemals eine wesentliche Rolle in seiner Innen- und Außenpolitik spielten, sondern von rein geopolitischen Erwägungen. »Ideologisch« motiviert wurden die Verhandlungen, wie sich der Leser des vorliegenden Buches überzeugen kann, von nationalsozialistischen Politikern und Diplomaten, die mehrfach zu ihren sowjetischen Partnern sagten, dass Deutschland und die UdSSR als Staaten, die ihrem Geiste nach den westlichen Demokratien feindlich gegenüberstanden, »gemeinsame« Interessen hätten. Diese politische Demagogie verfolgte das Ziel, die Ähnlichkeit totalitärer Regime im Gegensatz zu »plutokratischen« Staaten zu betonen.

Eine sowjetisch-deutsche »Annäherung« war Stalins Ziel von dem Augenblick an, als Hitler an die Macht gelangte. Hitler fasste, seinen eigenen Worten zufolge, den »Entschluss, mit Stalin zu gehen«, im Herbst 1938.² Nicht unwichtig dafür war, dass er für die Persönlichkeit Stalins Begeisterung (siehe 18. Kapitel) und für die Oberhäupter der bürgerlich-demokratischen Staaten Verachtung empfand. »Die armseligen Würmer Daladier und Chamberlain habe ich in München erlebt. Sie werden zu feige sein anzugreifen«, sagte er am 22. August 1939 zu seinen Generälen.³

Natürlich war nicht nur der Wille zweier totalitärer Diktatoren ausschlaggebend für die Gruppierung der politischen Kräfte zu Beginn des Zweiten Weltkriegs. Das sowjetisch-deutsche Bündnis war möglich, weil im Mittelpunkt der damaligen Weltpolitik nicht die Widersprüche zwischen der UdSSR und ihrem kapitalistischen Umfeld standen, sondern die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Hauptmächten, die durch die tiefe Krise des internationalen Kapitalismus in den dreißiger Jahren hervorgebracht worden waren. Die imperialistischen Widersprüche waren derart zugespitzt, dass sie die Bildung eines einheitlichen antisowjetischen Blocks der größten kapitalistischen Staaten ausschlossen.

Wie zahlreiche historische Dokumente belegen, drohte 1939, als Stalin seine endgültige Wahl zugunsten einer sowjetisch-deutschen Allianz getroffen und dadurch, nach Meinung von Historikern wie Jakowlew und Wolkogonow, den Überfall Deutschlands auf die UdSSR hinausgezögert hatte, der Sowjetunion keine unmittelbare Kriegsgefahr von deutscher Seite. Die politische und militärische Führung Deutschlands fühlte sich nicht auf einen Krieg gegen die UdSSR vorbereitet und hatte zu jener Zeit nicht einmal Pläne für einen solchen Krieg ausgearbeitet.

Die meisten in der Sowjetunion und im Ausland veröffentlichten Arbeiten über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs konzentrieren sich auf die Pläne

und Taten eines engen Kreises von Politikern und Diplomaten. Die Ereignisse in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung der dreißiger Jahre werden quasi ausgeklammert. Die Untersuchungen bürgerlicher Historiker ignorieren in der Regel die Arbeiten Trotzki's, in denen Gedanken über den sozialen Inhalt des heraufgezogenen und inzwischen begonnenen Krieges enthalten waren. Genauso wenig lassen sich in der bürgerlichen und erst recht in der sowjetischen Geschichtsschreibung Arbeiten finden, in denen bei der Analyse der politischen Ereignisse jener Jahre der permanente Kampf zwischen Stalin und der stalinisierten Komintern einerseits sowie Trotzki und der trotzkistischen Bewegung andererseits berücksichtigt wird. Im dritten Teil des vorliegenden Buches habe ich mir die Aufgabe gestellt, diese Lücke zu füllen und die enge Verbindung zwischen der stalinschen Innenpolitik, den in der diplomatischen Arena ablaufenden Ereignissen und dem in allen Teilen der Welt stattfindenden Kampf zwischen Stalinismus und Trotzkismus aufzuzeigen.

Ein nachdenkender und unvoreingenommener Leser, der das vorliegende Buch aufmerksam durchgearbeitet hat, wird die Bedeutung der im Titel benannten globalen historischen Alternative sicherlich richtig einschätzen können.

Anmerkungen im Originaltext

- 1 Pravda, 24.12.1989.
- 2 Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern, 22. August 1939. – In: Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 [im Weiteren: ADAP], Serie D, Band VII, Baden-Baden, 1956, S. 171.
- 3 Ebenda.

Teil 1:
Die UdSSR nach der großen Säuberung

1. KAPITEL: Die Wirtschaft

In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre war die sozioökonomische Situation der UdSSR günstiger als im Jahrfünft zuvor. Während die realen Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans weit unter den geplanten Kennziffern gelegen hatten, wurde im zweiten Fünfjahrplan in den Hauptpositionen eine annähernde Deckung erreicht. Der zweite Fünfjahrplan wurde übererfüllt bei der Produktion von Stahl, Traktoren und Lederschuhen, zu 84–95 % erfüllt bei der Erzeugung von Elektroenergie, Gusseisen und Weißzucker. Nicht erreicht wurden die Planzahlen bei der Erzeugung von Kohle (72 %), Papier (69 %) und Getreide (76 %). Die niedrigsten Ergebnisse erreichte man bei der Erzeugung von Zement (49 % des Plans), Baumwollstoffen (34 %), Erdöl (25 %) und Güterwaggons (22 %).¹

Die Steigerung bei der Herstellung der wichtigsten Industriegüter während der ersten Fünfjahrpläne verdeutlichen die folgenden Zahlen.²

	1928	1940
Elektroenergie (Milliarden kWh)	5,0	48,3
Erdöl (Millionen t)	11,6	31,1
Kohle (Millionen t)	35,5	165,9
Gusseisen (Millionen t)	3,3	14,9
Stahl (Millionen t)	4,3	18,3
Zement (Millionen t)	1,8	5,7
Zerspanungsmaschinen	2.000	58.400
Autos	800	145.400
Traktoren	1.300	31.600
Mähdrescher	–	12.800
Papier (t)	285.000	812.000
Baumwollstoffe (Millionen laufende Meter)	2.678	3.954
Lederschuhe (Millionen Paar)	58	211

Eine besonders starke Entwicklung in den Jahren 1928–1940 nahmen die Energiewirtschaft und die Metallurgie. Auch entstanden eine ganze Reihe neuer Zweige: Flugzeugindustrie, Automobilindustrie, Aluminiumindustrie, die Herstellung von technischen Lagern, Traktoren- und Panzerbau. Im Ent-

wicklungstempo der Industrie lag die UdSSR in jenen Jahren weit vor den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, die sich lange Zeit nicht von den Folgen der Weltwirtschaftskrise erholen konnten. 1937 betrug der Umfang der Industrieproduktion in der UdSSR 429 % im Vergleich zu 1929, während es in den kapitalistischen Ländern nur 104 % waren (USA 103 %, England 124 %, Italien 99 %, Frankreich 82 %).³ Der Anteil der UdSSR an der Weltindustrieproduktion erreichte fast 10 %. Nach dem Umfang der Industrieproduktion stieß die UdSSR an die erste Stelle in Europa vor und an die zweite in der Welt.

Weniger erfreulich sah es in der Landwirtschaft aus. In Geld ausgedrückt, lag die landwirtschaftliche Bruttoproduktion in den letzten Vorkriegsjahren nur 5 % über den entsprechenden Kennziffern vom Ende der zwanziger Jahre. Dies wurde hauptsächlich durch eine erfolgreichere Entwicklung bei den gewerblichen Nutzpflanzen erreicht. Was hingegen diejenigen Bereiche betrifft, die das Land mit Lebensmitteln versorgen sollten, so sah es hier schlechter aus als Ende der zwanziger Jahre – und das bei einem Bevölkerungszuwachs von 20–25 % Anfang der vierziger Jahre im Vergleich zur zweiten Hälfte der zwanziger Jahre. Die jährliche Pro-Kopf-Erzeugung von Getreide und tierischen Produkten lag Ende der dreißiger Jahre bei 85–90 % des Jahresdurchschnitts während der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP).⁴

Sogar in absoluten Zahlen ausgedrückt, blieb die Getreideproduktion im zweiten Planjahrfünft hinter dem ersten zurück (4,556 Milliarden im Vergleich zu 4,6 Milliarden Pud*). Obwohl das Jahr 1937 hinsichtlich des Wetters und des Ernteertrags das günstigste in der gesamten Vorkriegszeit war, lag der mittlere Getreideertrag in den Jahren 1933–1937 unter dem der Jahre 1922–1928.⁵

Von 1938 bis 1940 stieg der durchschnittliche Jahresertrag des zur Lagerung bestimmten Getreides leicht an. Die besten Werte in diesem Zeitraum erreichte man 1940 (5,83 Mrd. Pud). Doch auch dies lag nur knapp über dem Ergebnis von 1913, als 5,253 Mrd. Pud Getreide erzeugt wurden.⁶

Noch komplizierter war die Situation in der Viehzucht. Zu Beginn der vierziger Jahre hatte dieser Bereich die in den Jahren der Kollektivierung durch die Massenschlachtungen von Vieh hervorgerufenen Verluste noch nicht wieder ausgeglichen. Der Bestand an Rindern, der in den Jahren 1929–1933 auf etwa die Hälfte (um 33 Millionen Rinder) gesunken war, erreichte zu Beginn des Jahres 1941 54,5 Millionen: 3,7 Millionen weniger als am 1. Januar 1929.⁷ Die jährliche Pro-Kopf-Erzeugung bei Fleisch schwankte in den Jahren

* 1 Pud = 16,38 kg – d. Ü.

1936–1940 zwischen 20 und 30 kg, während sie Ende der zwanziger Jahre bei über 30 kg gelegen hatte.⁸

Das Nationaleinkommen der UdSSR stieg nach offiziellen Angaben im Zeitraum 1928–1940 auf etwas mehr als das Fünffache, die Gesamtproduktion der Industrie auf das Sechseinhalbfache.⁹ Einige russische Wirtschaftsfachleute von heute halten diese Zahlen für überhöht. Das könnte durchaus sein, denn die Angaben zur Erfüllung der Fünfjahrpläne erfolgten häufig nicht in Naturalkennziffern, sondern in Prozenten oder in Wertkennziffern, ohne Einbeziehung der Steigerung der Industriepreise. Jedoch auch nach den von Spezialisten der CIA in den USA (offensichtlich mit genaueren Methoden) angestellten Berechnungen stieg das Bruttosozialprodukt in der UdSSR im Zeitraum 1928–1940 jährlich durchschnittlich um 6,1 %, was weit über den entsprechenden Kennziffern in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern lag.¹⁰

Dennoch war selbst in den modernisierten oder neu geschaffenen Zweigen der Schwer- und Rüstungsindustrie der UdSSR die Arbeitsproduktivität deutlich niedriger als in den USA und den Ländern Westeuropas, obwohl die technische Ausstattung aufgrund neuester Importtechnik der amerikanischen oder westeuropäischen kaum nachstand.

Selbst im zweiten, dem in den wichtigsten ökonomischen Kennziffern günstigsten Planjahrfünft, traten schwerwiegende Disproportionen beider Entwicklung der einzelnen Volkswirtschaftszweige auf. So stieg die durchschnittliche Zuwachsrate in der Stahlerzeugung von 8,2 % im ersten Fünfjahreszeitraum auf 24,6 % im zweiten, während sie bei der Zementproduktion von 17,1 % auf 9,4 % sank.¹¹

Die größte Zuwachsrate erreichte die Industrieproduktion im Jahre 1936. In den darauffolgenden zwei Jahren fiel sie auf weniger als die Hälfte zurück. Noch stärker sank in diesen Jahren die Arbeitsproduktivität.

Im Zeitraum 1939/40 ging die Produktion der wichtigsten Industrieerzeugnisse zurück. 1939 sank im Vergleich zu 1938 die Erzeugung von Stahl, Gusseisen und Walzstahl. 1940 verringerte sich im Vergleich zu 1939 die Automobilherstellung um 28 % und die Traktorenherstellung um 25 %.¹² Eine Hauptursache für den Wirtschaftsrückgang waren die Folgen der Massenrepressalien, von denen ein Großteil der Ingenieure und des Leitungspersonals in der Industrie betroffen war. 1940 waren im Hüttenwerk Makejewska insgesamt nur zwei Diplomingenieure und 31 Technikerverblieben, im riesigen Kombinat von Magnitogorsk acht Ingenieure und 66 Techniker. Alle übrigen Diplomspezialisten waren verhaftet worden und mussten durch Nichtfachleute ersetzt werden.¹³ Infolge des Mangels an qualifizierten Fachleuten war die Fluktuation groß. 1940 hatten beispielsweise von 153 Leitern großer Abteilungen in der Hüttenindustrie 75 weniger als ein Jahr in dieser Funktion

gearbeitet.¹⁴ Dass unerfahrene und häufig auch nicht dafür ausgebildete Leute die Leitung von Industriebetrieben übernahmen, musste sich natürlich äußerst ungünstig auf die Stabilität und die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung auswirken.

Über die Haupttendenzen bei der Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft schrieb Leo Trotzki, dass die Haupterrungenschaft der Oktoberrevolution – die Nationalisierung des Eigentums an den Produktionsmitteln – ihre fortschrittliche Bedeutung wahre, da mit Hilfe der Planwirtschaft eine schnelle Entwicklung der Produktivkräfte – der Hauptfaktor der menschlichen Kultur – erreicht werden könne. Zwar verdiene die offizielle Statistik der UdSSR kein Vertrauen, da sie systematisch die Erfolge übertreibe und Misserfolge verheimliche. Dennoch könne man unmöglich leugnen, dass sich die Produktivkräfte in der Sowjetunion in einem solchen Tempo entwickelten, wie es bisher kein anderes Land der Welt gekannt habe. Dies festige das ökonomische Fundament des Sozialismus, den man nicht auf Rückständigkeit und Armut errichten könne.¹⁵

Somit hatte das Land in den 20 Jahren nach der Oktoberrevolution bei den technischen Vorbedingungen für den Sozialismus einen gewaltigen Schritt nach vorn getan. Dies war jedoch am wenigsten ein Verdienst der Bürokratie, die sich in einen beträchtlichen Hemmschuh für die Entwicklung der Produktivkräfte verwandelt hatte. Sie hatte die Demokratie im Partei, Staats und Wirtschaftsleben erstickt. Die Demokratie ist aber nicht irgendein abstraktes Prinzip, unbedeutend für die Entwicklung der Wirtschaft, sondern der einzig mögliche Mechanismus zur erfolgreichen Entwicklung eines wahrhaft sozialistischen Wirtschaftssystems. Nur durch demokratische Diskussionen, durch die freie Erörterung unterschiedlicher wirtschaftlicher Alternativen kann man die effizientesten Wege einer Planwirtschaft bestimmen. Außerdem muss« die sozialistische Wirtschaft ... ihrem Wesen nach von den Interessen der Produzenten und den Bedürfnissen der Konsumenten geleitet werden. Diese Interessen und Bedürfnisse können ihren Ausdruck nur in einer hoch entwickelten Demokratie von Produzenten und Konsumenten finden«,¹⁶ Die regierende Kaste der UdSSR könne, so Trotzki, eine solche Demokratie nicht zulassen, und zwar aus dem einfachen Grunde nicht, weil sie die einen wie die anderen unerbittlich ausraube. So bestimme also die Verteilung des Nationaleinkommens den Charakter des politischen Regimes, das seinerseits die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hemme.

Anmerkungen im Originaltext

- 1 Nauka i izn', 4/1989, S. 42.
- 2 Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1969 g., S. 235–237; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1972 g., S. 96–99, 170–175.
- 3 XX sezd Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza. Stenografičeskij otčet. T. I. Moskva 1956, S. 11.
- 4 L. A. Gordon/Ė. V. Klopov: Ėto što bylo? Razmyšlenija o predposylkach i itogach togo, što slučilos' s nami v 3040e gody. Moskva 1989, S. 76.
- 5 Sel'skoe chozjajstvo SSSR. Statističeskij sbornik. Moskva 1960, S. 196.
- 6 Istoričeskij archiv, 2/1994, S. 27.
- 7 Nauka i izn', 4/1989, S. 42.
- 8 L. A. Gordon/Ė. V. Klopov: Ėto što bylo?, S. 106.
- 9 Strana Sovetov za 50 let. Sbornik statističeskich materialov. Moskva 1967, S. 29.
- 10 Al'ternativy, 4/1995, S. 27.
- 11 Nauka i izn', 4/1989, S. 41.
- 12 Alexander Nekritsch/Pjotr Grigorenko: Genickschuss. Die Rote Armee am 22. Juni 1941, Wien 1969, S. 85.
- 13 V. Danilov: Fenomen pervych pjatiletok. – Gorizont, 5/1988, S. 36.
- 14 Voprosy istorii KPSS, 11/1964, S. 73.
- 15 Leo Trotzki: Schriften 1. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Band 1.2 (1936–1940), Hamburg 1988, S. 1134–1135.
- 16 Ebenda, S. 1135.

2. KAPITEL: Der achtzehnte Parteitag der KPdSU (B) über die wirtschaftliche Hauptaufgabe der UdSSR

Trotzki warnte davor, dass die in der Zeit der Einführung kapitalistischer Technik in der UdSSR erreichte hohe Zuwachsrate in der Industrie unweigerlich sinke, wenn die bisherigen Methoden der Wirtschaftsleitung beibehalten würden. »Gigantische Fabriken nach fertigen westlichen Mustern kann man auch auf bürokratisches Kommando errichten, freilich dreimal so teuer. Aber je weiter der Weg geht, umso mehr läuft die Wirtschaft auf das Problem der Qualität hinaus, die der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint wie von einem grauen Stempel der Gleichgültigkeit gezeichnet. In einer nationalisierten Wirtschaft setzt Qualität Demokratie für Erzeuger und Verbraucher, Kritik und Initiativfreiheit voraus, d. h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime von Angst, Lüge und Kriecherei unvereinbar sind.«¹

Ein qualitativer Fortschritt in der Wirtschaft ist undenkbar ohne selbstständiges technisches und kulturelles Schaffen, was bei einer bürokratischen Wirtschaftsverwaltung jedoch nicht möglich ist. Deren Geschwüre spürt man weniger in der Schwerindustrie, dafür aber zerfressen sie die Zweige, die unmittelbar die Bedürfnisse der Bevölkerung bedienen, und bereiten ein allgemeines Absinken des Tempos beim Wirtschaftswachstum vor.

Die Bürokratie, berauscht von den Erfolgen in der Industrie, hoffte jedoch, das erreichte Tempo auch in Zukunft bei zu behalten und sogar noch zu steigern. Auf dieser Grundlage wollte sie die ökonomische Hauptaufgabe der UdSSR lösen – die Überwindung des technisch-ökonomischen Rückstands gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, d. h. des Rückstands bei der Pro-Kopf-Erzeugung von wichtigen Erzeugnissen der Industrie und Landwirtschaft.

Bereits der sechzehnte Parteitag (1930) stellte die Aufgabe, »in kürzester historischer Zeit die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder in technischökonomischer Hinsicht einzuholen und zu überholen«.² Im Bericht an den VI. Sowjetkongress (März 1931) konkretisierte Molotow den Begriff »kürzeste historische Zeit« und verkündete, die UdSSR müsse die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder innerhalb der nächsten zehn Jahre einholen und überholen.³

Die Stalinisten waren überzeugt, dass die Lösung dieser Aufgabe möglich wäre, zum Ersten, weil sich in den kapitalistischen Ländern die Produktivkräfte während der dreißiger Jahre nur langsam entwickelten und in einzelnen Jahren gar ein erheblicher Rückgang der Produktion zu verzeichnen war. In

den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 sank das Bruttosozialprodukt in den USA um ein Drittel und erreichte in den darauf folgenden Jahren kaum den Stand von 1929.⁴ Ab Herbst 1937 wurden die reichsten kapitalistischen Länder von einer neuen Wirtschaftskrise erfasst. In den USA sank bis Ende 1937 die Industrieproduktion um ein Drittel. In Frankreich verringerte sich die Industrieproduktion in der zweiten Hälfte des Jahres 1937 auf 70 % des Standes von 1929.⁵

Zum Zweiten verringerten die Wirtschaftserfolge der UdSSR den Abstand zwischen der Sowjetunion und den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern beim absoluten Umfang der Industrieproduktion beachtlich.

Die Tabelle zeigt einen Vergleich zwischen der UdSSR und den größten kapitalistischen Ländern bei der Herstellung einiger Industriegüter.⁶

Länder	Elektroenergie (Mrd. kwh)		Stahl (Mio. Tonnen)		Gusseisen (Mio. Tonnen)	
	1928	1940	1928	1940	1928	1940
UdSSR	5	48	4	18	3	15
Deutschland	17	37	15	18	14	15
England	16	40	9	13	7	8
Frankreich	15	20	9	8 (1937)	10	8 (1937)
USA	113	188	52	62	39	43

Zu Beginn der vierziger Jahre hatte die Sowjetunion den absoluten Rückstand gegenüber den größten Staaten Westeuropas bei der Herstellung der wichtigsten Industriegüter überwunden. Bei der Erzeugung von Elektroenergie, Brennstoffen, Stahl und Zement übertraf sie 1940 die entsprechenden Kennziffern Deutschlands, Englands und Frankreichs bzw. rückte ganz dicht auf. Vom absoluten Umfang her wurden nur in den USA wesentlich mehr Industriegüter erzeugt als in der UdSSR.

Völlig anders dagegen sahen die Relationen zwischen der UdSSR und den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern aus, stellt man bei den gleichen Industriegütern die Pro-Kopf-Erzeugung gegenüber.

Vergleich zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern bei der Pro-Kopf-Erzeugung einiger Industriegüter (1937)⁷

UdSSR in Prozent zu	USA	England	Frankreich	Deutschland
Elektroenergie	18	30	43	29
Kohle	21	14	66	17
Gusseisen	30	48	46	23
Stahl	27	38	56	23
Zement	21	21	32	13
Baumwollstoffe	26	22	46	—

Aus dieser Tabelle wird ersichtlich, dass die Pro-Kopf-Produktion wichtiger Industriegüter in der UdSSR nur ein Fünftel bis zwei Drittel dessen betrug, was die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder erreichten.

Stalin und seine Helfershelfer hielten es jedoch weiterhin für möglich, alle kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen (wiederum in »kürzester historischer Zeit«, wenngleich diese Zeit auch die folgenden zehn Jahre umfasste), wobei er die für das kapitalistische System charakteristischen Konjunkturschwankungen außer Acht ließ und sich an den höchsten Kennziffern orientierte, die irgendwann einmal von einem kapitalistischen Land erreicht worden waren. In seinem Bericht an den achtzehnten Parteitag merkte Stalin speziell an, dass man bei der Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe der UdSSR nicht den Stand des Krisenjahres 1938 im Auge haben dürfe, als die USA insgesamt nur 18,8 Millionen Tonnen Gusseisen produzierten, sondern den Stand von 1929, als in den USA etwa 43 Millionen Tonnen Gusseisen gewonnen wurden. Deshalb orientierte er die sowjetische Wirtschaft auf die Erzeugung von jährlich 50–60 Millionen Tonnen Gusseisen, was das Dreieinhalb- bis Vierfache der Plankennziffer von 1940 bedeutete.⁸

In der Entschließung des Parteitags hieß es: »Jetzt können und müssen wir in der Praxis die ökonomische Hauptaufgabe der UdSSR stellen und lösen: auch in ökonomischer Hinsicht die am weitesten entwickelten Länder Europas und die Vereinigten Staaten von Amerika einholen und überholen und diese Aufgabe binnen nächster Zeit lösen.«⁹ Zur Konkretisierung dieser Orientierung beauftragte der Rat der Volkskommissare Anfang 1941 die Staatliche Planungskommission, einen 15 Jahre umfassenden Generalplan zur Entwicklung der UdSSR mit verbindlichen staatlichen Plankennziffern aufzustellen, die es ermöglichen sollten, am Ende dieses Zeitraums »die wichtigsten kapitalistischen Länder bei der Pro-Kopf-Erzeugung von Roheisen, Stahl, Brennstoffen, Elektroenergie, Maschinen und anderen Produktionsmitteln sowie Konsumgütern zu überholen«.¹⁰

Ein weiteres Mal kam Stalin in seiner Rede vor Wählern im Februar 1946 auf die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe zu sprechen, als er für einige Industriegüter die Kennziffern nannte, die man in den nächsten 10 bis 15 Jahren erreichen müsse, um die führenden kapitalistischen Länder einzuholen und zu überholen. Und schließlich wurde dieses Thema weitere 15 Jahre später, auf dem zweiundzwanzigsten Parteitag der KPdSU, vorgebracht, als Chrustschow neue Planzahlen nannte, deren Erreichen 1980 ein Überholen der USA in der Wirtschaftsentwicklung möglich machen würde.

Alle diese unqualifiziert aufgestellten Berechnungen extrapolierten auf die Zukunft das relativ hohe Entwicklungstempo der UdSSR in bestimmten Zeiträumen und das relativ niedrige Entwicklungstempo der kapitalistischen Länder – ebenfalls während einzelner Zeiträume. Darüber hinaus ignorierten sie die von Trotzki bereits in den dreißiger Jahren aufgezeigten chronischen Krankheiten der sowjetischen Volkswirtschaft, die unvermeidlich zum Rückgang des Wirtschaftswachstums führen mussten.

Anmerkungen im Originaltext

- 1 Leo Trotzki: Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?, Essen 1997, S. 297.
- 2 KPSS v rezoljucijach i rešenijach sezdov, konferencij i plenumov CK. Izd. 9, T. 4, S. 409.
- 3 Izvestija, 10.3.1931.
- 4 Al'ternativy, 4/1995, S. 28.
- 5 Weltgeschichte in zehn Bänden, Band 9, Berlin 1967, S. 392, 446.
- 6 Znanie – sila, 3/1988, S. 4.
- 7 Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1960 g. Moskva 1961, S. 188–189.
- 8 J. Stalin: Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 696–697.
- 9 XVIII sezd Vsesojuznoj Kommunističeskoj partii (bol'sevikov). Stenografičeskij otčet. Moskva 1939, S. 18.
- 10 Pravda, 22.2.1941.

3. KAPITEL: Die soziale Zusammensetzung und das Lebensniveau der sowjetischen Bevölkerung

Im Jahrzehnt vor dem Krieg änderte sich die soziale Zusammensetzung der sowjetischen Bevölkerung grundlegend. Dies kam vor allem im zahlenmäßigen Wachstum der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Die Gesamtzahl der Arbeiter stieg von acht bis neun Millionen im Jahr 1928 auf 23 bis 24 Millionen im Jahr 1940, die Zahl der Industriearbeiter entsprechend von vier auf zehn Millionen.¹ Arbeiter und Angestellte (in diese Kategorie fielen auch die Angehörigen der Sowchosen) bildeten Ende der dreißiger Jahre mehr als die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung.

Im Zeitraum 1928–1940 verdoppelte sich die Zahl der Städter nahezu. Diese Zunahme war vor allem dadurch bedingt, dass der Bau neuer Industriebetriebe forciert wurde und die Bevölkerung vom Land in die Städte zog. In den dreißiger Jahren wurden aus der Landwirtschaft etwa 15 bis 20 Millionen Menschen freigesetzt. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten sank von 80 % der arbeitenden Bevölkerung im Jahre 1928 auf 54 % im Jahre 1940.²

Ein schnelles zahlenmäßiges Wachstum war bei der Intelligenz zu verzeichnen, besonders bei der ingenieurtechnischen. Die Zahl der in der Volkswirtschaft tätigen Spezialisten stieg von 0,5 Millionen im Jahre 1928 auf etwa 2,5 Millionen im Jahre 1940.³

Dabei verschlechterten sich allerdings die qualitativen Eigenschaften der Intelligenz, besonders die der »oberen« Schichten. Wie der deutsche Historiker Rauch feststellte, wurden in den dreißiger Jahren die allseitig gebildeten Angehörigen der Intelligenz und echten Volkstribune abgelöst durch wortkarge, rüde Organisatoren und Bürokraten. Im Unterschied zum Westen wurde nicht der Jurist oder Wirtschaftsfachmann zum typischen Vertreter im Bereich der Verwaltung, sondern der Ingenieur (bzw. jemand mit einer ingenieurtechnischen Ausbildung).

Symptome für eine Verbürgerlichung der Sowjetgesellschaft sah Rauch in der verstärkten Differenzierung innerhalb der sozialen Gruppe der Angestellten und insbesondere innerhalb der Offiziere – infolge der Einführung von Dienststrängen, Uniformen und anderer Unterscheidungsmerkmale. Die neue Hierarchiestruktur brachte neue soziale Barrieren hervor, die in der Armee besonders zu spüren waren.⁴

Mitte der dreißiger Jahre wurden der Arbeiterklasse ihre Vergünstigungen im Bildungsbereich entzogen (bevorzugte Berücksichtigung bei der

Immatrikulation an einer Hochschule). Diese Tendenz erreichte 1940 ihren Höhepunkt, als eine Gebühr für den Unterricht in den oberen Klassen der Mittelschule und in der Hochschule eingeführt wurde. Diese Maßnahme ließ den Bildungsstand der Arbeiterklasse langsamer wachsen und war der Beginn für die Reproduktion der Intelligenz aus sich heraus.

Der größte Teil der Arbeiter und Angestellten lebte weiterhin unter äußerst schweren Lebensbedingungen. Ihr Realeinkommen sank durch die inflationären Tendenzen, wie sie für die Zeit der forcierten Industrialisierung charakteristisch waren. Im Zeitraum 1928–1940 stiegen zwar sowohl die Preise als auch die Löhne, das Wachstum der Preise lag jedoch über dem der Löhne. Insgesamt betrugen die staatlichen Einzelhandelspreise im Jahre 1940 das Sechsbis Siebenfache im Vergleich zu 1928, während der durchschnittliche Nominallohn der Arbeiter und Angestellten im gleichen Zeitraum nur auf das Fünf- bis Sechsfache stieg und 1940 300 bis 350 Rubel betrug.⁵ Die Kaufkraft des Arbeitslohns war in den dreißiger Jahren also geringer als in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre.

Eine andere Kennziffer für den Rückgang des Lebensniveaus der Arbeiter und Angestellten war die Verschlechterung ihrer Wohnbedingungen. Die Gesamtfläche (Nutzfläche) an Wohnraum in den Städten und Siedlungen mit städtischem Charakter stieg von 180 Millionen qm im Jahre 1913 auf 421 Millionen qm im Jahre 1940. Im gleichen Zeitraum wuchs die Einwohnerzahl in den Städten und Siedlungen mit städtischem Charakter von 28 Millionen auf 63 Millionen, d. h. etwa genauso schnell wie der Wohnraum. Im Ergebnis dessen entfielen 1940 auf jeden Städter etwas mehr als 6 qm Nutzfläche und etwa 5 qm Wohnfläche, d. h. annähernd genauso viel wie vor der Revolution und zwei Drittel im Vergleich zu Mitte der zwanziger Jahre.⁶

Noch niedriger war das Lebensniveau in den Dörfern, die Ende der dreißiger Jahre immer noch einen größeren Beitrag zum Nationaleinkommen leisteten als die Industrie.⁷ Infolge der administrativen Maßnahmen zur Umverteilung von Mitteln aus den Dörfern in die Städte stieg das Marktaufkommen der Landwirtschaft beträchtlich. Der Anteil des Getreides, das außerhalb des Dorfes verwendet wurde, stieg von 15 % im Jahre 1928 auf 40 % im Jahre 1940, d. h. fast auf das 2,7-fache, während die Landbevölkerung nicht in der gleichen Proportion abnahm.⁸ Somit hatte das ungelöste Lebensmittelproblem die ungünstigsten Auswirkungen auf die Lage der Dorfbewohner, die Ende der dreißiger Jahre mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Landes ausmachten.

1940 betrug selbst bei den Kolchosbauern, die im ganzen Jahr nicht einen einzigen Arbeitstag versäumten, die Entlohnung kaum 50 Rubel im Monat, und fügt man den Naturalienlohn hinzu, knapp über 100 Rubel. Die Einnahmen aus der individuellen Nebengewirtschaft lagen 20–30 % über denen aus

der Arbeit im Kolchos. Somit betrug das durchschnittliche Arbeitsentgelt für einen vollbeschäftigten Kolchosbauern also 200 Rubel.⁹

Anmerkungen im Originaltext

- 1 L. A. Gordon/Ė. V. Klopov: Èto èto bylo?, S. 63.
- 2 Trud v SSSR. Moskva 1968, S. 20.
- 3 Narodnoe chozjajstvo SSSR. Statistièeskij sbornik. Moskva 1956, S. 193.
- 4 G. von Rauch: Wandlungen der sowjetischen Gesellschaftsstruktur. – In: »Geschichte«. H. 2, Stuttgart 1967, S. 641, 643.
- 5 L. A. Gordon/Ė. V. Klopov: Èto èto bylo?, S. 98–99.
- 6 Ebenda, S. 110.
- 7 Istorija SSSR, 4/1990, S. 24.
- 8 L. A. Gordon/Ė. V. Klopov: Èto èto bylo?, S. 80.
- 9 Ebenda, S. 100.

4. KAPITEL: Stalinismus und Bauernschaft

Nachdem die Bürokratie 1934 die Bauernschaft nach faktisch sechs Jahren Bürgerkrieg auf dem Lande unterworfen hatte, setzte sie ihren beharrlichen Kampf gegen die Bauern fort, in dem sie ihnen einerseits gewisse Zugeständnisse machte und ihnen andererseits bereits gewährte Vergünstigungen versagte. Die Zeit der »Zugeständnisse« entfiel auf die Jahre 1937/38, als das ZK einige Beschlüsse über »Fehler« verabschiedet hatte, die von der Partei und Staatsführung der Gebiete Kalinin, Leningrad, Orenburg u. a. gegenüber den Kolchos- und Einzelbauern begangen worden waren. Diese Beschlüsse erwähnten »das große Ausmaß von Austritten und Ausschlüssen aus Kolchosen«; »Willkürmaßnahmen gegenüber Einzelbauern, die die Bauern in Zorn versetzt und in ihnen Aversionen gegen die Kolchosen geweckt haben«; die in vielen Kolchosen praktizierte Reduzierung des Hoffandes* auf eine Größe unterhalb der festgesetzten Norm; die Streichung der Möglichkeit für viele Bauern, Holz zu kaufen; die Aufstellung von Planvorgaben für die Aussaat, die mit den vorhandenen Bodenressourcen nicht zu schaffen waren, u. a. m. Alle diese Erscheinungen erklärte man mit bewusster Schädlingstätigkeit seitens ehemaliger Verantwortlicher der Partei und Staatsführung in den Regionen und Gebieten, die das Ziel verfolgt hätten, einen »verwahrlosten Zustand« der Landwirtschaft herbeizuführen.

Zur »Beseitigung der Folgen des Schädlingstums bei der Einrichtung der Kolchosen« und als »Hilfe für die Kolchosbauern« sahen die ZK-Beschlüsse vor, die Fläche des Hoffandes zu vergrößern und die Aussaatverpflichtungen für die Kolchosen etlicher Gebiete zu reduzieren. Parallel dazu wurde den Kolchos und Einzelbauern erlaubt, ihr Vieh ungehindert in den Wäldern weiden zu lassen, den Kolchosen einiger Gebiete wurden ihre Schulden bei der Rückzahlung ihrer für den Kauf von Getreide bestimmten Darlehen erlassen, und die Kolchosbauern wurden von ihren seit 1934 ausstehenden Strafzahlungen entbunden.

Gleichzeitig wurden auch für Einzelbauern, die in Kolchosen eintraten, Vergünstigungen eingeführt. Ihnen wurden alle Schulden aus den vergangenen Jahren erlassen. Sie sollten Hofland nach den für Kolchosbauern gültigen Normen erhalten.¹

* zur Führung einer privaten Nebenwirtschaft durch Arbeiter und Angestellte – d. Ü.

Im September 1938 wurden die nicht satzungsgebundenen Artels (für Spezialansiedler, d. h. »Entkulakisierete«, die in entlegene Landesteile deportiert wurden) an die allgemeine Satzung landwirtschaftlicher Artelsangebunden. Am 22. Dezember des gleichen Jahres verabschiedete der Rat der Volkskommissariate einen Beschluss, wonach an Spezialansiedler »bei muster-gültiger Führung« Personalausweise ausgehändigt wurden und sie das Recht erhielten, ihren früheren Wohnsitz wieder an zu nehmen. Am Januar 1941 lebten in den Spezialsiedlungen 930.221 Personen, die fast unter den gleichen Bedingungen arbeiteten, wie sie im ganzen Land üblich waren.²

Dieses Entgegenkommen gegenüber der Bauernschaft rief deren verstärktes Interesse an ihrer Nebengewirtschaft hervor, wodurch ihre Aktivität bei der gesellschaftlichen Kolchosproduktion sank. Deshalb beschloss die stalin-sche Führung bereits 1939, den »privateigentümlichen« Tendenzen einen Schlag zu versetzen und auf administrativem Wege die Bauern stärker an die Kolchosen zu »fesseln«. Zu diesem Zweck wurde im Mai 1939 ein ZKPlenu-meinberufen, auf dem über »Maßnahmen zum Schutz von gesellschaftlichem Grund und Boden vor Misswirtschaft« beraten wurde. Diese Maßnahmen konzentrierten sich auf zwei Punkte: 1) die großemäßige Beschränkung der in persönlicher Nutzung der Kolchos und Einzelbauern befindlichen Grundstücke; 2) die Festsetzung eines für die einzelnen Landesregionen differenzier-ten Minimums an Arbeitstagen,* das jeder Kolchosbauer abzuarbeiten hatte.

Stalin hielt auf dem Plenum zu dieser Frage ein Referat und schaltete sich bei anderen Rednern energisch ein. In der Diskussion sprachen hauptsächlich »Neulinge«, die erst wenige Monate dem ZK angehörten. Sie waren bemüht, die Weisheit Stalins zu unterstreichen, der mit seinem Referat, wie Stykow sagte, »uns, die auf unterer Ebene in der Praxis tätigen Parteiarbeiter, aus der Sackgasse, in der wir uns befunden haben, herausführte«.³ Einige Redner verstiegen sich zu der Meinung, die Kolchosbauern würden die vom Zentral-komitee geplanten Maßnahmen mit Begeisterung aufnehmen. Besonders bezeichnend in dieser Hinsicht war das Auftreten Suslows, Sekretär des Partei-komitees für die Region Ordshonikidse, der, um zu bestätigen, dass die vor-geschlagenen Maßnahmen »absolut zurechtens Zeit« kämen, davon berichtete, wie er vor kurzem in mehreren Kolchosen gewesen sei und mit den Bauern über die bei ihnen durchzuführende Reduzierung ihres individuellen Hoflands gesprochen habe. Er gab wieder, was angeblich ein Bauer gesagt hatte, dem von seinen 1,39 Hektar Hofland nur 0,35 Hektar gelassen worden waren.

* Der Begriff »Arbeitstag« (»trudoden«) entspricht hier einer bestimmten Arbeits-einheit – d. Ü.

Da frage ich ihn also: »Nun, es tut Ihnen sicher leid, dass man Ihnen das Stück Land weggeschnitten hat?« Er sagt: »Wie soll ich's ausdrücken, ich hatte schon Gewissensbisse ... Man kam nach Hause, wollte ja im Kolchos arbeiten, aber die Frau schimpfte, wieso man sein eigenes Stück Land nicht bearbeitet. Und so hatte man auch zu Hause keine Ruhe.«⁴

Zu Beginn der Diskussion über das obligatorische Minimum an Arbeitstagen hatten sich einige Teilnehmer des Plenums für Vergünstigungen für Betagte und kinderreiche Frauen ausgesprochen. Doch Stalin hatte mit seinen Zwischenrufen deutlich seinen Missmut über derartige Vorschläge zu verstehen gegeben. So hatte beispielsweise Tschubin erklärt, das für Baumwolle anbauende Wirtschaften festgelegte Minimum von 100 Arbeitstagen sei für Frauen mit Kindern unter 12 Jahren zu schwer, und vorgeschlagen, für sie das Minimum auf 50–60 Arbeitstage zu beschränken. Im Anschluss daran kam es zu folgendem Dialog zwischen Stalin und Tschubin:

Stalin: (Dieser Vorschlag) wurde in der Kommission abgelehnt. Man darf die Frauen nicht abwerten.

Tschubin: Die Frau ist das Familienoberhaupt.

Stalin: Demzufolge also erst recht nicht.⁵

Stykov, der danach sprach, sagte: »Hier haben die Genossen das Alter erwähnt, aber ich kann eine ganze Reihe von Kolchosen aufzählen, in denen 80-Jährige Bauern arbeiten, die die Norm übererfüllen und 500 Arbeitstage schaffen.«⁶

Stalin rief ständig dazwischen, verlangte eine Verschärfung der vorgeschlagenen Maßnahmen und unterstützte alle Redner, die selbst eine solche Verschärfung vorschlugen. Als Stykov verkündete, man müsse »die Größe des Hoflands der Einzelbauern möglichst stark einschränken«, reagierte Stalin sofort: »Man bekommt von ihnen (den Einzelbauern – W. R.) ohnehin so viel Nutzen wie von einem Ziegenbock Milch. Den Einzelbauern ist ein Achtel Hektar Hofland zu belassen.«⁷

Die Entschließung des Plenums schrieb vor, eine Vermessung aller in persönlicher Nutzung von Kolchosbauern befindlichen Grundstücke vorzunehmen, daran anschließend »sämtlichen über die Norm hinausgehenden Boden« – die Norm war in der Satzung des jeweiligen landwirtschaftlichen Artels festgelegt – vom Hofland der Kolchosbauern abzutrennen und dem Kolchos zuzuschlagen, sämtlichen außerhalb des Hofes befindlichen persönlich genutzten Grund und Boden der Kolchosbauern einzuziehen und dem Kolchos zu zu sprechen so wie das persönlich genutzte Land der Einzelbauern auf ein Minimum zu reduzieren.

Die Entschließung ordnete auch direkte Repressivmaßnahmen an, beispielsweise gegen Kolchosbauern und -bäuerinnen, die innerhalb eines Jahres das vorgeschriebene Minimum an Arbeitstagen nicht schafften. Diese Personen sollten aus dem Kolchos ausgeschlossen werden und die Rechte von Kolchosbauern verlieren.

Noch härtere Maßnahmen waren gegen Kolchosvorsitzende vorgesehen, die zu ließen, dass Kolchosbauern oder auch kolchosfremde Personen Kolchoswiesen und -felder übertragen bekamen, um dort Heu für ihren Eigenbedarf zu mähen. Solche Vorsitzende waren aus dem Kolchos auszuschließen und vor Gericht zu stellen.

Versuche, Kolchosland zugunsten der Nebengewirtschaften von Kolchosbauern zu beschneiden, sowie eine Aufstockung des Hoflands über die fest gelegte Norm hinaus galten als Straftat. Die Sekretäre von Kreispartei Komitees, die Vorsitzenden von Kreis Exekutiv Komitees und andere Partei- und Staatsfunktionäre, die eine solche Praxis zuließen, waren ihres Amtes zu entheben, aus der Partei auszuschließen und vor Gericht zu stellen.⁸

Anmerkungen im Originaltext

- 1 CCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 993, l. 88, 89; d. 994, l. 55; d. 995, l. 32; d. 997, l. 4951.
- 2 Deportacija. – In: Kommunist 3/1991, S. 101; Istorija otečestva: ljudi, idei, rešenija. Moskva 1991, S. 182.
- 3 CCChIDNI, f. 17, op. 2, d. 646, l. 61, 62.
- 4 Ebenda, l. 145147.
- 5 CCChIDNI, f. 17, op. 2, d. 652, l. 36.
- 6 CCChIDNI, f. 17, op. 2, d. 646, l. 74.
- 7 CCChIDNI, f. 17, op. 2, d. 654, l. 17.
- 8 Pravda, 28.5.1939.

5. KAPITEL: Soziale Ungleichheit

Die offizielle Propaganda stellte natürlich die Situation des Sowjetvolks in einem günstigeren Licht dar, als es sich in Wirklichkeit verhielt. Trotzki bemerkte dazu, dass die soziale Reaktion immer gezwungen sei, sich zu maskieren und die wahre Lage der Dinge zu verzerren. Dies gelte besonders für den Stalinismus als Produkt des Kampfes der neuen Aristokratie gegen die Massen, die ihr zur Macht verholfen hatten. Deshalb nähmen Stalin und seine Apologeten, wenn sie das soziale Wesen des Regimes und das Lebensniveau der Bevölkerung charakterisierten, ständig Zuflucht zu Lüge und Fälschung.

Den Mechanismus dieser Fälschungen deckte Trotzki auf, als er den Abschnitt aus Stalins Referat auf dem achtzehnten Parteitag analysierte, in dem es um das Wachstum des Volkswohlstands ging. Wichtig sei nicht das gewesen, was Stalin gesagt habe, sondern das, was er verschwiegen habe. Verschwiegen hatte Stalin bereits manches zur sozialen Struktur der sowjetischen Gesellschaft. Er hatte behauptet, die Zahl der Arbeiter und Angestellten sei von 22 Millionen im Jahre 1933 auf 28 Millionen im Jahre 1938 gestiegen. Dazu schrieb Trotzki: »Die Kategorie der ›Angestellten‹ umfasst hier nicht nur die Beschäftigten eines Genossenschaftsladens, sondern auch die Mitglieder des Rats der Volkskommissare. Arbeiter und Angestellte sind hier wie immer in der Sowjetstatistik zusammengefasst, um nicht die numerische Größe der Sowjetbürokratie, ihr schnelles Anwachsen und vor allem das rasche Ansteigen ihrer Einkünfte zu enthüllen.«

Stalin hatte nichts zur Differenzierung der Bevölkerung hinsichtlich ihres Einkommens gesagt. Er hatte sich darauf beschränkt, Durchschnittslöhne anzuführen, also eine Methode angewendet, zu der »immer nur die minderwertigsten Apologeten der Bourgeoisie Zuflucht genommen (haben). In entwickelten Industrieländern ist man von dieser Methode fast völlig abgekommen, weil man damit niemanden mehr täuschen kann. Dafür wurde sie zur beliebten Methode im Lande des verwirklichten Sozialismus, wo sich alle sozialen Beziehungen durch völlige Transparenz auszeichnen sollten. ›Sozialismus ist Buchhaltung‹, sagte Lenin. ›Sozialismus ist Betrug‹, lehrt Stalin.«¹

Dieser Betrug zeigte sich ganz deutlich in Stalins Äußerungen über den jährlichen Lohnfonds, der sich seinen Worten zufolge in den fünf Jahren zwischen dem siebzehnten und dem achtzehnten Parteitag von 35 Milliarden auf 96 Milliarden Rubel, d. h. fast auf das Dreifache, erhöht hatte. Stalin sprach hier selbstverständlich vom Nominallohn und nicht vom Reallohn, der die Preisänderungen berücksichtigt. Hätte man Letzteren angeführt, wäre leicht